

# Rhein- und Lahn-Anzeiger

Amts-Blatt der

Stadt Nastätten.



Der Bezug des dreimal wöchentlich (Dienstag, Donnerstag und Samstag) erscheinenden „Rhein- und Lahn-Anzeiger“ kostet in Nastätten sowie bei den auswärtigen Agenturen monatlich Mk. 2.—, frei ins Haus durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 6.—. Bestellungen können jederzeit erfolgen.

„Anzeigen finden im „Rhein- und Lahn-Anzeiger“ weiteste Verbreitung und werden die 6-gespaltene Nonpareilzeile über deren Raum mit 50 Wfs., die Reflomszeile mit Mk. 1.50 berechnet. Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt nach Tarif. Im Falle gerichtlicher Verurteilung fällt jeglicher Rabatt fort.

Begründet 1878. Druck und Verlag: Müller'sche Buchdruckerei in Nastätten.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Paul Müller, Nastätten. Begründet 1878.

Nr. 96

Nastätten, Dienstag, den 16. August 1921

44. Jahrgang

## Monopole.

Zu dem neuen Steuerprogramm gehen uns folgende Ausführungen zu, die wir für bemerkenswert genug halten, um sie zu veröffentlichen, ohne uns mit allen Einzelheiten zu identifizieren.

Das neue Steuerprogramm weist bezeichnenderweise diejenigen Abgaben, auf welche man in anderen Staaten in der Gegenwart mit besonderer Vorliebe zurückgreift, nicht auf. Es fehlen die Monopole, die doch gerade berufen sein sollten, der Reichskasse erhebliche Summen zu liefern und dem egoistischen Treiben der Preissteigerer ein Ziel zu setzen. Es könnte das um so mehr befremden, als doch gerade die Sozialisten für Staatsbetriebe sind. Früher haben sie diese Theorie in die Praxis umzuwandeln sich bemüht. Es braucht nur an die Beseitigung der Privatposten zugunsten der Reichspost erinnert zu werden, die dem Staatssekretär v. Podbielski seiner Zeit freiwillig auf dem Präsidententeller entgegengebracht wurde. Auch seit 1918 ist wiederholt von Sozialisierung die Rede gewesen, und nun fehlen die Monopolpläne in dem neuen Steuerbudget.

Man kann nicht sagen, daß für die Monopole vor dem Weltkrieg in Deutschland große Begeisterung geherrscht hätte, die Idee lag dem deutschen Geist nicht. Seitdem Bismarck mit seinen Monopolplänen nicht durchgedrungen war, verging seinem Nachfolger die Lust, es damit zu versuchen. Heute wird die Vorliebe für die Monopole an sich nicht größer geworden sein, als sie früher gewesen ist, aber die Zeiten haben sich geändert. Wenn keine Notwendigkeit für Reichsfabrikation und Reichsverkauf vorhanden ist, weil andere und einfachere Steuerquellen vorhanden sind, so kann man gefassen davon absehen. Wenn indessen, und so liegen die Verhältnisse heute, zu noch härteren steuerlichen Maßnahmen gegriffen wird, als es die Monopole sind, so ist es doch wohl angebracht, die Frage ihrer Einführung genauer zu prüfen. Da selbst die Engländer nichts gegen ein Elektrizitätsmonopol einzuwenden haben, und die Briten sind keine Leute, die einen Betrieb anfangen, bei dem sie Geld zulegen, so muß es bei der heutigen Monopolabneigung in Deutschland an irgend einer Stelle nicht stimmen.

Und es stimmt auch tatsächlich bei uns an einer Stelle nicht. Prinzipielle Bedenken sind nicht vorhanden, wohl aber die Furcht, daß die Elle länger würde als der Kran, das heißt, daß wir Geld dabei zulegen würden. Da die anderen Staaten hunderte von Millionen dabei herauszuschlagen so muß es sich bei unserer Scheu also um eine deutsche Eigenart handeln, die tatsächlich vorhanden ist. Bei unserer Zwangswirtschaft von Lebens- und Genussmitteln und Tagesbedürfnissen haben wir bekanntermaßen so viel Geld zugelegt, daß man das Bedenken der Reichsregierung verstehen kann, eine neue Staatszwangswirtschaft in Form von Monopolbetrieben anzufangen. Diese Bedenken sind aber schließlich doch nicht stichhaltig. Wenn die deutsche Zwangswirtschaft sich nicht rentierte, so zeigt das nur, daß wir die Sache nicht richtig angefaßt, das heißt in kompliziert und zu teuer gewirksamkeit haben. Bei den Monopolen ist jedenfalls die Handhabung des Betriebes viel einfacher. Die Einnahmen daraus dürfen nicht der Organisation der Verwaltung dienen, sondern die letztere muß sich nach der Decke strecken. Es weiß ja überhaupt jeder, daß wir im Gegensatz zu früher viel zu teuer verwalten, und daß je früher, um so besser, hierin eine Aenderung eintreten muß. Wir können das Geld besser gebrauchen.

Die Monopolkarte ist so umfangreich, daß wir mit Vorsicht daraus wählen können. Es besteht Staatsfabrikation bezw. Staatsverkauf für Elektrizität, Petroleum, Schwefelölzler, Tabak, Brauntwein (Spiritus), für bestimmte Lebensmittel, für Veräugernsweisen, für gewisse Handelsbräuen usw. Bei uns sprach man von Verkaufsmonopolen für Elektrizität, Kohlen, Kalk, Zucker, Tabak, Kakao. Alle diese Artikel können große Summen ergeben, wobei freilich auch nicht bestritten werden soll, daß die Beträge sehr gering sein können, wenn an den Monopolstücken sich Zehntausende drängen, die mit den Händen unablässig hineinfahren. Haben wir aber nicht so viel Energie, solche Elemente zu meistern, so wird mancherlei wovon wir

und viel versprechen, ein frommer Wunsch bleiben.

Monopole sind keine Annehmlichkeit, aber die Erträge aus den neuen Steuern sind nur eine zweifelhafte Möglichkeit, die zudem noch einen sehr ausgedehnten Apparat beanspruchen. Am klarsten liegen die Einnahmequellen bei den Monopolen da, und sie kräftig und nutzbringend fließen zu machen, bedarf es noch nicht einmal eines genialen Finanzministers, sondern eines tüchtigen Kaufmanns, was unter Umständen freilich ganz dasselbe sein kann. Wenn wir die jetzt vorbereiteten Steuern ausgeben haben werden, dürfen wir doch zu den Monopolen kommen, und zwar schneller, als die Herren vom grünen Tisch heute denken.

## Der Völkerbund entscheidet.

Es hat sich für den Obersten Rat die Unmöglichkeit herausgestellt, für das oberschlesische Problem eine Lösung zu finden. Man ist daher am Freitag morgen übereingekommen, die Angelegenheit auf Grund von Artikel 11 und 12 des Völkerbundsstatuts dem Völkerbund zu überweisen.

### Lloyd George verläßt Paris.

Die Verhandlungen von Donnerstag hatten die völlige Unmöglichkeit herausgestellt, daß es zwischen England und Frankreich zu einer Verständigung kommen könnte. Die Verhandlungen hatten sich derart zugespielt, daß es fast zum Bruch gekommen wäre.

Donnerstag vormittag hatte der Sachverständigenausschuß seinen Bericht eingereicht. Er kommt zu dem Ergebnis, daß in dem Industriebezirk als Ganzes 16 unteilbare Gruppen bestehen, wovon 10 entschieden polnisch sind, 6 deutsch, allerdings erscheinen unter den letzteren die großen Städte Deuthen, Kattowitz, Gleiwitz, Hindenburg und Königschütze. Wenn die sachlichen Vorarbeiten zu Ende geführt sind, bleibt es die Aufgabe der Regierungen, die Grenzlinien selbst festzusetzen.

Am 6 Uhr besuchten Briand und Loucheur neuerdings die beiden englischen Minister, und zwar dauerte die Unterredung eine Stunde. Der englische Ministerpräsident teilte ihnen mit, daß die auf telegraphischem Wege eingehangene Antwort de Valera's, die außerdem auf dem Luftwege bestätigt wurde, ihn nötige, dringlich nach London zurückzukehren, da das englische Kabinett über die Antwort der Sinnseiner beraten müsse.

### Der letzte englische Vorschlag.

Gleichzeitig überreichte Lloyd George an Briand seinen Entwurf der Grenzlinie, der auch die Zustimmung der italienischen Abordnung gefunden hat.

Nach Erkundigungen, welche der diplomatische Berichterstatter von Havas hat einziehen können, dürfte diese Grenzführung Deutschland das ganze Industriegebiet zufallen lassen. Mit Ausnahme eines kleinen Einschnittes östlich von Kattowitz, wodurch den Polen Kschilowitz, Deutsch-Schönwald und Myslowitz mit ihren Gruben und Zinkfabriken zufallen würden. Diese Grenzführung in dem Industriegebiet Oberschlesiens entspricht durchaus der ursprünglichen Linie Percival-de Marini, welche Polen die Bezirke Pleß und Rybnik zuweist, die allerdings recht ausgedehnt sind, deren Ausdehnung aber wenig ergiebig ist, während an Deutschland Kattowitz, Königschütze, Deuthen, Hindenburg und Gleiwitz fallen würden, also die hauptsächlichsten Industriezentren. Die englischen Zugeständnisse dieser Linie Percival-de Marini gegenüber kommen nur in dem landwirtschaftlichen Teil im Norden des Industriebezirks zum Vorschein, wo die vorgesehene Grenzlinie nunmehr Lublitz, Guttentag und Rosenberga an Polen fallen lassen würde.

Sofort nach seiner Rückkehr zum Quai d'Orsay um 7 Uhr abends beauftragte Briand die französischen Sachverständigen, den englisch-italienischen Entwurf nach seinen wirtschaftlichen und ethnographischen Folgererscheinungen hin zu prüfen. Freitag vormittag fand ein französischer Ministerrat statt. Daran anschließend suchten Briand und Loucheur die englischen Minister auf.

Das Ergebnis dieser Unterredung ist der Beschluß, die strittige Angelegenheit dem Völkerbund zu überweisen.

### Der Beschluß des Obersten Rates.

Paris, 12. August. Der Oberste Rat hat in seiner heutigen Vormittagsitzung folgende Resolution angenommen:

Der Oberste Rat hat beschlossen, bevor er über die Grenzfestsetzung zwischen Deutschland und Polen auf Grund des Artikels 86 des Friedensvertrages entscheidet, die Schwierigkeiten, die bei der Festsetzung dieser Grenzen entstanden sind, dem Völkerbundsrat zu unterbreiten. Der Oberste Rat wünscht ein Entschieden über die Grenzlinie zu hören, deren Bestimmung den alliierten und assoziierten Großmächten obliegt. In Anbetracht der Lage in Oberschlesien wird der Völkerbundsrat gebeten, dieses Verlangen als sehr dringend zu betrachten.

In der Frage der Aburteilung der Kriegsschuldigen hat der Oberste Rat alsdann beschlossen, die Justizbehörden der verschiedenen beteiligten Länder zu ersuchen, daß ihre Beamten, die den Verhandlungen vor dem Reichsgericht in Leipzig beigezogen haben, Vorschläge über die einzunehmende Haltung machen. Die Völkerbundsversammlung am 5. September.

### Genf, 12. August. Der Völkerbund, der nun auch über das Schicksal Oberschlesiens entscheiden soll, tritt zu seiner nächsten Vollversammlung am 5. September dieses Jahres wieder zusammen. Es ist aber wahrscheinlich, daß der Völkerbundsrat zur Vorbereitung der Entscheidung bereits bedeutend früher einberufen werden wird.

### Der letzte Tag.

Paris, 14. August. Sonnabend vormittag begann die letzte Sitzung des Obersten Rates, in der an Stelle Lloyd Georges England durch Lord Curzon vertreten war. In der Frage der Leipziger Prozesse wurde beschlossen, eine Kommission zu bilden, zu der jeder beteiligte Staat zwei Richter, die den Leipziger Prozessen beigezogen haben, ernennen soll. Diese Kommission soll die bisherigen Leipziger Urteile prüfen und dem Obersten Rate dann Vorschläge über das weitere Verhalten zu der Kriegsschuldigenfrage machen.

Zur Frage des Hilfsverwerkes für Oesterreich erklärte der amerikanische Delegierte, Oberst Harvey, daß in den Vereinigten Staaten ein Gesetz über die Hilfsaktion für Oesterreich in Vorbereitung sei. Der Oberste Rat sprach sich in einer Resolution für eine schnelle Hilfsaktion aus.

Zur Frage der Entwaffnung Deutschlands erklärte Marschall Foch die Beibehaltung der Militärkontrolle in Deutschland für unbedingt nötig. Die Engländer wandten sich dagegen, die Italiener, Belgier und Japaner schlossen sich ihm jedoch in der Hauptsache an. Die Militärkontrolle wird also beibehalten werden. Die Zentralkontrolle wird aber zur Vermeidung von Zwischenfällen aus Verlin verlegt werden.

### Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen.

TU. Paris, 14. Aug. In seiner gestrigen Nachmittagsitzung hat der Oberste Rat beschlossen, die über Deutschland im März verhängten wirtschaftlichen Sanktionen aufzuheben.

### Die entscheidende Sitzung.

Italien und Japan auf Englands Seite. Ueber die entscheidende Sitzung am Freitag vormittag, die die überraschende Wendung in der oberschlesischen Frage brachte, liegen jetzt nähere Einzelheiten vor. Am Freitag morgen hatte Briand Lloyd George aufgesucht und hierbei erklärte der englische Premierminister, daß Frankreich seinen letzten Vorschlag nicht annehmen wolle, so sehe er keinen anderen Ausweg, als die Frage dem Völkerbund zu überweisen. Briand erklärte sich damit einverstanden und berief sofort eine Sitzung des Obersten Rates ein, dem er diesen Vorschlag unterbreitete. Lloyd George äußerte hierzu, daß dies die beste Lösung sei, den Streit zu beenden.

Aber es handelte sich nicht um eine Meinungsverschiedenheit zwischen England und

Frankreich; die italienischen Sachverständigen und auch der japanische Delegierte seien derselben Ansicht, wie die englischen Sachverständigen. Damit sei keine Kritik an der Haltung Frankreichs und seiner Sachverständigen ausgesprochen, es müsse aber mit Nachdruck betont werden, daß England, indem es sich der französischen Auffassung widersetze, nicht allein dastehe. Die Schwierigkeiten in der Frage an sich rührten nicht von der Nervosität der öffentlichen Meinung. Der Oberste Rat habe sich einer bestimmten Auffassung genähert, nur Frankreich habe eine andere Ansicht. Deshalb sei es angebracht, daß die Frage vor ein anderes Tribunal gebracht werde, um zu einer Lösung zu kommen. Der Beschluß, die Frage an den Völkerbundsrat zu verweisen, sei nicht Sache eines, sondern der Gesamtheit der im Obersten Rat vereinigten Staaten.

Hierauf erklärte Briand, Frankreich werde die Entscheidung des Völkerbundes ohne Vorbehalt annehmen.

Der italienische Ministerpräsident Bonomi war gleichfalls für die Ueberweisung an den Völkerbund.

Er erklärte, Italien sei nicht zum Obersten Rate gekommen, um sich der französischen oder der englischen Ansicht anzuschließen, sondern um genau zu prüfen, auf welcher Seite das Recht liege. In diesem Sinne sei der italienische Sachverständige nach sorgfältiger Prüfung der englischen Auffassung beigetreten. Wenn der Völkerbund entschieden habe, sei auch Italien bereit, nach Oberschlesien Truppenverstärkungen zu entsenden.

Auch der japanische Delegierte war der Meinung, daß das Industriegebiet Deutschlands zuzuweisen sei, er sei indessen mit der Ueberweisung an den Völkerbund einverstanden. Oberst Harvey sagte schließlich, daß er mehr der Ansicht sei, daß es sich hier um eine rein europäische Angelegenheit handle und seine Regierung sich nicht an einem Beschluß beteiligen werde.

Man beschloß nochmals, Deutschland und Polen nochmals ernstlich zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zu ermahnen, bis die Entscheidung gefallen sei. Die alliierten Oberkommissare sollen sofort nach Duppeln zurückkehren. Hierzu stellte Lloyd George nochmals ausdrücklich fest, daß sich die Interalliierte Kommission absolut unparteiisch zu verhalten habe. Man wandte sich dann der Kriegsschuldigenfrage zu.

Nach am selben Abend trat im Elysee ein französischer Ministerrat zusammen, der die Haltung Briands einstimmig billigte.

### Völkerbundsrat am 20. August.

Briand hatte sofort in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Obersten Rates dem Baron Ichii (Japan), den gegenwärtigen Vorsitzenden des Völkerbundsrates, die Entscheidung des Obersten Rates mitteilen lassen und ihn gleichzeitig gebeten, sobald wie möglich den Völkerbundsrat zusammenzurufen. Wie das „Echo de Paris“ mitteilt, hat Baron Ichii alsbald mit einem Schreiben geantwortet, daß er den Rat zum 20. August einzuberufen gedenke.

### Allgemeinverbindliche Tarifverträge.

Die Allgemeinverbindlichkeit eines zwischen dem Brandenburgischen Waldbestverwalterverbande und dem Deutschen Guts- und Forstbeamtenbunde, Fachgruppe Forstbeamte (Verein für Privatforstbeamte Deutschlands), abgeschlossenen Gehaltsvertrages für Forstbeamte ist durch Verfügung des Reichsarbeitsministers vom 24. Juni 1921 für den Regierungsbezirk Potsdam und einen Teil des Regierungsbezirks Frankfurt a. O. mit Wirkung vom 1. April 1921 ab ausgesprochen worden. Der Gehaltsvertrag ist durch die Geschäftsstelle des Deutschen Guts- und Forstbeamtenbundes, Berlin, B. 50, Rantestraße 17, gegen Einsendung von 1 Mark zu beziehen.

Durch die Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit dieses Vertrages ist der Deutsche Guts- und Forstbeamtenbund, die Gutsbeamtenorganisation des Reichs-Landbundes, von der Regierung als tariffähig anerkannt worden. Er hat damit den Beweis erbracht, daß die Organisation der land- und forstwirtschaftlichen Beamten

nicht auf gewerthastlicher Grundlage im Anschluß an einen der bestehenden großen Gewerkschaftsverbände zu erfolgen bra-ht. Ferner hatte der Braunschweigische Landbund die Allgemeinverbindlichkeitserklärung des zivilischen seiner Arbeitgeber-Verteilung und dem Deutschen Landarbeiter-Verbande abeschlossenen Tarifes für den Kreisbezirk Blankenburg (Harz) beantragt. Diefem Antrage ist vom Reichsarbeitsminister stattgegeben worden. Die in dem Tarife festgesetzten Löhne sind damit auch für solche Arbeitgeber und Arbeitnehmer verbindlich, die den vertragschließenden Parteien nicht angehören.

Deutsches Reich.

Das neue Hausgehilfengesetz. Ueber den neu umgearbeiteten Entwurf eines Hausgehilfengesetzes, der demnächst dem Reichskabinett zugehen wird, teilen die Blätter u. a. mit: Der Entwurf bezieht sich auf alle Arten von Hausgehilfen, in Stadt und Land, in Wohnung, Geschäft und Beruf. Ein völliges Verbot der Kinderarbeit, das aus sanitären und anderen Gründen zu empfehlen wäre, ließ sich nicht durchführen. Ausbeutungsabsichten sollen durch Kontrollorgane verhindert werden. Die Eigenart der Hausarbeit ließ es nicht zu, einen Normalarbeitstag von acht Stunden einzuführen, vorgelesen ist eine Arbeitsbereitschaft von 18 Stunden, 2 Stunden müssen als Pause für alle Tagesmahlzeiten dienen, bei Jugendlichen unter 18 Jahren währt die Pause 3 Stunden täglich. Der Entwurf bringt ferner etwas allgemein gehaltene Bestimmungen über Beschaffenheit der Schlafräume und der Kost, wobei auf die Verschiedenheit der Wohnverhältnisse namentlich auf dem Lande gegenüber der Stadt Rücksicht genommen werden mußte. Bei den Hausgehilfen wird danach zu streben sein, daß ihnen ein Grundgehalt gezahlt wird und Wohnung und Kost hierauf anzurechnen sind, oder daß neben Wohnung und Kost, die jetzt bei allen Arbeitern den größten Teil des Einkommens aufzehren, ein Ausgleichgehalt für andere Bedürfnisse gewährt wird. Urlaub soll im Jahre acht Tage gewährt werden, dieser Mindesturlaub darf vom Lohne nicht abgezogen werden, auch ist Kostgeld für den Urlaub zu gewähren. Die Kündigungsgründe sind vermehrt worden, Streit und unbilliger Lebenswandel sind fristloser Kündigungsgrund. Manchem Widerspruch wird die im Entwurf vorgesehene Hausgehilfenkarte mit Lichtbild begegnen, die genaue Personalien enthalten soll.

Die Bauernvereine und die neuen Steuerpläne. Bereits auf dem diesjährigen Bauerntag in Mendelsburg haben die Bauernvereine zu den schwebenden Finanzfragen Stellung genommen. Die Vereinigung der deutschen Bauernvereine hat nunmehr die Vertreter der ihr angeschlossenen deutschen Bauernvereine für den 18. August zu einer Sitzung nach Frankfurt a. M. eingeladen, um zu den Steuerplänen der Regierung Stellung zu nehmen. Es werden außerdem noch die heute das Landvolf besonders interessierenden wirtschaftlichen Fragen (Branntweinmonopol, Pachtgesetzordnung, landwirtschaftliche Buchführung, Umlageverfahren, landwirtschaftliches Kreditwesen usw.) erörtert.

Kirchensteuerverwaltung. Nach Verhandlungen zwischen dem Reichsfinanzministerium und den evangelischen und katholischen Kirchengemeinschaften Preußens ist die Uebernahme der Verwaltung der Kirchensteuern auf die Reichsfinanzbehörden nunmehr nach Stellung der erforderlichen Anträge vom Reichsfinanzministerium in alsbaldige bestimmte Aussicht gestellt. Der Deutsch-Evangelische Kirchenausschuß hat die Kirchenregierungen entsprechend verständigt und um Stellung der Anträge ersucht.

Die Einlösung der Schatzwechsel. In Ergänzung der von Deutschland bereits geleisteten Barzahlungen und Summen, die zur Einlösung der beiden ersten Wechsel von der deutschen Regierung Anfang Juli geleistet worden sind, sind neuerdings zur Einlösung weiterer von ihr gemäß Artikel 5 des Zahlungsplanes ausgegebener Schatzwechsel Beträge von ungefähr 250 Millionen Goldmark gezahlt worden. Infolgedessen sind der deutschen Regierung von der Reparationskommission fünf weitere Schatzwechsel, von denen jeder auf 10 Millionen Dollar lautet, zurückgegeben worden. Die Summe, die zur Einlösung des achten Schatzwechsels erforderlich ist, befindet sich auch schon in den Händen der Reparationskommission.

Die Goldmilliarde, die am 31. August an die Entente gezahlt worden sein muß, ist gedeckt, und das ist gewiß eine Genugtuung, aber wir dürfen uns durch den gelückten Anfang nicht über das Ende täuschen, und das heißt 132 Goldmilliarden. Der Optimismus in Deutschland ist noch immer recht groß, daß uns von dieser kolossalen Summe durch irgend welche Glücksstände schließlich doch ein erheblicher Teil geschenkt werden wird. Damit steht es aber ungefähr so, als wenn man auf den Gewinn des großen Volkes in der Lotterie rechnen wollte. Es gibt in Wahrheit aber nur eine einzige nicht ganz unberechtigte Erwartung, um einen Teil der Reparationszahlungen herumzukommen. Und diese Erwartung besteht darin, von diesen stillen Hoffnungen überhaupt nicht zu sprechen, um so mehr aber die Hände zu

rühren, damit wir neue Werte schaffen, die unsere Valuta steigen machen. Das ist der einzige Anker, an den wir uns vielleicht klammern können. Was außerdem geschehen kann, das entzieht sich unserer Berechnung. In der nächsten Zukunft blüht uns ebensowenig jemand, wie er uns in der Vergangenheit geholfen hat.

Rußland nimmt die deutsche Hilfe an. In Verfolg der Rußland angebotenen Hilfsaktion des Deutschen Roten Kreuzes ist heute dem Deutschen Roten Kreuz vom Russischen Roten Kreuz eine telegraphische Antwort zugegangen. Das Russische Rote Kreuz erklärt, daß es nach Einvernehmen mit der russischen Regierung das Anerbieten des Deutschen Roten Kreuzes vom 30. Juli mit Dank annimmt. Das Russische Rote Kreuz betont, daß es der weitestgehenden Unterstützung der russischen Regierung sicher sei, und bittet das Deutsche Rote Kreuz, die Einzelheiten in unmittelbarem Benehmen mit dem Russischen Roten Kreuz zu regeln. Das Russische Rote Kreuz begrüßt unter Bestätigung seines vollen Einverständnisses mit den organisatorischen Grundlagen der gesamten Aktion die Bestrebungen des Deutschen Roten Kreuzes zur Schaffung einer internationalen Rote-Kreuz-Hilfe. Ein Delegierter des Deutschen Roten Kreuzes ist bereits nach Moskau unterwegs.

Eine Erhöhung der Gehälter und Löhne wird angeht. Die Regierung nicht zu umgehen sein, das ist ziemlich allgemeine Anschauung, und die Steuerzahler haben daraus neue Lasten zu erwarten. Es wird aber auch nachdrücklich betont, daß keineswegs diejenigen Steuerzahler zur Ausbringung dieser Steuererhöhungen herangezogen werden dürfen, die weniger als 7000 bis 10000 Mark Einkommen haben. Man kann nicht einen schlecht gestellten Menschen zugunsten eines besser gestellten besteuern. Von finanziellen Autoritäten wird bezweifelt, ob eine angemessene Steuererhöhung sofort allen Reichs-, Staats- und Kommunal-Angeordneten und Arbeitern in vollem Umfange bewilligt werden kann, da es nicht möglich sein werde, außer den Reparationsgeldern auch noch diese Summen aufzubringen. Es wird eine gleichzeitige Verwaltungs-Reorganisation in Vorschlag gebracht, durch welche die Zahl der Beamten nach und nach verringert wird. Ueber diese Angelegenheit wird noch manche Erörterung stattfinden.

Die deutschen Vertretungen in Paris. In Paris haben jetzt außer der deutschen Delegation auch die dieser nun angegliederte Friedensdelegation, die Kriegslastenkommission, der deutsch-französisch gemischte Schiedsgerichtshof, die Equivertverwaltung für deutsche Rechte und Güter, sowie ein Vertreter des Verkehrsministeriums ihren Sitz. Zur einheitlichen Bearbeitung der schwierigen Finanz-Angelegenheiten dieser Vertretungen ist eine besondere Rechnungsstelle eingerichtet worden.

Ein neuer Eingriff in Deutschlands Rechtsfreiheit. Die Rheinlandkommission hat dem Reichskommissar eine Entscheidung mitgeteilt, wonach sie beschloffen hat, nicht mehr zuzulassen, daß die deutschen Gerichte über Patentschaftsklagen gegen Personen entscheiden, die zu den alliierten Armeen oder zur interalliierten Rheinlandkommission gehören. Die Rheinlandkommission ist der Ansicht, daß der Kläger seine Klage vor dem nationalen Gericht des Beklagten einbringen muß.

Die neuen Forderungen der Beamten. Donnerstag begannen in Berlin zwischen dem Deutschen Beamtenbund, dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, dem Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Gewerkschaftsring Besprechungen über die für die Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten zu erhebenden neuen Forderungen. Es wird im allgemeinen eine 30- bis 40prozentige Erhöhung der Teuerungszulagen gefordert werden. Die Eisenbahner-Verbände haben sich jetzt darauf geeinigt, eine Erhöhung der Teuerungszuschläge von 30 bis 35 Prozent zu fordern, die möglichst schon im September in Kraft treten soll. Im Dezember dieses Jahres soll dann für das nächste Jahr die Forderung erhoben werden, mit Rücksicht auf die Teuerung eine Neuregelung der Grundgehälter entsprechend den statistisch festgelegten Teuerungsziffern vorzunehmen. Man wünscht eine einheitliche Regelung in der Weise, daß ein Teuerungszuschlag von 70 Prozent und ein Ausherguschlag von 150 Prozent gewährt wird. Nach Berechnungen der Beamten-schaft würde diese Forderung eine Mehrbelastung des Etats um etwa 7 Milliarden Mark für das Reich und etwa 7 bis 8 Milliarden Mark für die Länder und Gemeinden bedeuten.

Der Antrag der Sozialdemokraten auf Auflösung des Panziger Volkstages wurde abgelehnt. Das von den Sozialdemokraten daraufhin beantragte Mißtrauensvotum gegen den Senat wird Dienstag behandelt.

Die westpreussischen Heimatsvereine verlangen in einer Eingabe an den Landtag die Vereinigung der Kreise Marienburg, Marienwerder, Stuhm, Rosenburg und Elbing zu einem Regierungsbezirk „Westpreußen“.

Der Oberkommissar für das Memelgebiet hat die Einführung der Veröffentlichung und den Verkauf der „Zwölfter Allgemeinen Zeitung“ im Memelgebiet bis auf weiteres verboten.

Der Reichsrat wird am 18. August seine Arbeiten wieder aufnehmen. Die neuen Steuervorlagen sind ihm sowie dem Reichswirtschaftsrat bereits zugegangen. Ob er die Vorlagen sofort beraten wird, ist noch ungewiß, da erst die Interessentenfreise und der Reichswirtschaftsrat gehört werden sollen.

Auf dem diesjährigen Parteitag der B. A. P. D. am 22. August in Jena werden u. a. Fritz Dederit über den 3. Kongreß der Moskauer Internationale, Ernst Meyer über die Politik der Partei und Ernst Friesland über die Lage Sowjetrußlands und die Hilfsaktion Bericht erstatten.

Die Braunschweiger Regierung hat die von ihr angekündigte Entlassung von 54 Polizeibeamten wegen ihrer Zugehörigkeit zum Frontbund „Stahlhelm“ vollzogen. Diese Maßregelung von Beamten aus politischen Gründen wird demnächst den Landtag beschlagnähmen.

Der Reichsanzeiger veröffentlicht das Gesetz über die Versorgung der Angehörigen des Reichsheeres und der Reichsmarine sowie ihrer Hinterbliebenen (Wehrmachtsgesetz).

Der Streit der Buchdrucker in Köln ist beendet, die Zeitungen erscheinen wieder auch in Mainz sind Einigungsverhandlungen eingeleitet.

Ausland.

England. Neue Verhandlungen mit den Sinnseignern. De Valera hat jetzt der englischen Regierung die Antwort der Sinnseiner-Regierung auf die Vorschläge Lloyd Georges überreicht. Die Antwort soll die Möglichkeit neuer, erfolgreicher Verhandlungen bieten. Man hält sie in London für so wichtig, daß sie Lloyd George nach Paris übermitteln wurde, der daraufhin sofort seine Abreise nach London beschloß. Lord Curzon wird zunächst in Paris bleiben.

England erkennt das Sinnseiner-Parlament an. Das irische republikanische Parlament (Dail Eirean) ist vom Präsidenten de Valera aufgefordert worden, zu einer Sitzung am 18. August zusammenzutreten, um über die Verhandlungen, die von der englischen Regierung eingeleitet und die Anerbietungen, die von derselben gemacht sind, zu beraten. Nach einer Proklamation Englands wurde dieses Parlament im September 1919 als „ungesetzlich und gefährlich“ aufgehoben. Es war seitdem gezwungen, seine Zusammenkünfte im geheimen abzuhalten, und jedes Mitglied, das dabei abgefaßt wurde, wurde verhaftet und ins Gefängnis gebracht. Als der Waffenstillstand erklärt war, besand sich noch die Hälfte der Mitglieder entweder im Gefängnis oder im Versteck. Es ist deshalb ein „ungesetzlicher und gefährlicher“ Staatskörper, der jetzt in der Öffentlichkeit zusammentritt, um die Antwort an den englischen Erstiminister zu erwägen. Keine weiteren Beweise sind nötig, um zu zeigen, daß das republikanische Parlament von England als die Stimme des irischen Volkes anerkannt worden ist.

Die Antwort Sinnseins. London, 14. August. Reuter meldet, daß man in Regierungskreisen die Antwort der Sinnseiner an die englische Regierung für unbefriedigend hält. „Daily Chronicle“ schreibt, die Tatsache, daß am Dienstag eine Sitzung der Sinnseiner stattfand, scheint jedoch anzudeuten, daß die Verhandlungen weitergeführt werden. Die Auffassung des Kabinetts bezüglich des Schreibens de Valeras sei äußerst ernst. „Daily Chronicle“ meldet sogar, die Antwort der Sinnseiner werde von Lloyd George als eine Verwerfung seiner Friedensbedingungen angesehen.

General Navarro gefangen. Madrid, 14. August. General Navarro, der Nachfolger des Generals Silvestre, mußte sich dem Eingeborenenheer ergeben und ist in seiner Gefangenschaft. Die Stadt Melilla hat Trauer angelegt. Spanische Flieger, die den Berg Arzut überflogen, berichteten, daß die Mauren die ganze Gegend unter begeistertem Freudengeschrei ansplündern. Es gelang einigen spanischen Soldaten, Melilla zu erreichen, und von dem heldenhaften Kampfe des Generals Navarro zu berichten.

Amerika. Harding hat die Friedensproklamation unterzeichnet. Die „Chicago Tribune“ meldet, hat Präsident Harding bereits Mittwoch die Friedensresolution mit Deutschland unterzeichnet, aber es scheint noch keine Aussicht dazu zu bestehen, daß sie bekanntgegeben wird, und es sind auch noch keine Vereinbarungen über den Austausch zwischen Berlin und Washington getroffen worden. Dies rief im Senat Aufregung hervor. Selbst den Senatoren hat die Regierung keinerlei Mitteilungen über die Verhandlungen mit Berlin gemacht. Die republikanischen Senatoren wurden deswegen von den Demokraten heftig angegriffen, weil sie daselbe, was sie Wilson vorgeworfen hatten, nämlich, daß er dem Senat über wichtige Entscheidungen keinerlei Mitteilung macht, nun bei Harding stillschweigend duldeten.

Die Laibacher Landesregierung hat die Auflösung einer Reihe deutscher Vereine in Slowenien verfügt.

Die amerikanische Regierung hat der unarischen Regierung den Konarabbe-

schluß über die Beendigung des Kriegszustandes in einer Note mitgeteilt und zur sofortigen Einleitung von Friedensverhandlungen eingeladen.

Wie Savas mitteilt, soll auf der Finanzkonferenz auch der Wert der deutschen Naturallieferungen festgesetzt werden. Es handelt sich namentlich um die auf dem Wasserwege zu liefernden Kohlen und um die deutsche Handelstonnage.

Das spanische Kabinett ist zurückgetreten. Maura ist mit der Bildung des Kabinetts beauftragt worden.

Der Heilige Stuhl hat die Einladung des Internationalen Roten Kreuzes, an den Verhandlungen über die Hilfeleistung an Rußland teilzunehmen, angenommen.

Die belgischen Behörden haben alle Güter, Rechte und Anteile derjenigen deutschen Staatsbürger, die am 10. Januar 1921 in Eupen-Malmedy keinen Wohnsitz hatten, beschlagnahmt.

Die Räumung Pestungarns durch die Ungarn hat bereits begonnen. Die Uebernahme der Verwaltung durch Oesterreich dürfte am 28. August erfolgen.

An die Landwirtschaft.

Die Ablieferung der Getreideumlage. Von der Regierung nahe stehender Seite wird geschrieben:

Das Verständnis für die Notwendigkeit, die für das Wirtschaftsjahr 1921-22 auferlegte Getreideumlage nach besten Kräften zu erfüllen, gewinnt in der Landwirtschaft, dank dem Wirklichkeitsinn eines großen Teiles der Landwirte, und der einmütigen Entschliessung der landwirtschaftlichen Spitzenorganisationen, sich nach Erlass des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide auf den Boden des Gesetzes zu stellen und auf baldige Erfüllung der Umlagepflicht hinzuwirken, immer mehr an Verbreitung. Die Ablieferungen auf die Umlage weisen daher, wie wir von dem Reichsernährungsministerium hören, in vielen Gebieten bereits erfreuliche Ergebnisse auf. In anderen Gebieten kommt jedoch die Ablieferung, auch wenn berücksichtigt wird, daß dort die Ernte zum Teil später beginnt, nur langsam in Gang. Es kann daher nicht genug betont werden, wie sehr es gerade im Interesse der Landwirte selbst liegt, ihre Umlage so schnell wie möglich zu erfüllen, da sie dann für den Rest des Wirtschaftsjahres in der Verfügung über den übrigen Teil ihrer Ernte völlig frei werden.

Nach dem Gesetz über die Regelung des Verkehrs mit Getreide vom 21. Juni fallen mit der Erfüllung der Umlage für den Landwirt mit Ausnahme des Verfüttungsverbotes für Brotgetreide alle Beschränkungen in seiner Wirtschaftsführung für Getreide fort. Es sollte daher jeder Landwirt dieses Ziel der völligen Befreiung von behördlicher Einwirkung und Ueberwachung möglichst schnell durch Ablieferung seines Umlagegetreides zu erreichen suchen und sich insbesondere auch nicht durch die augenblicklich hohen, für Weizen ungesund hohen Preise auf dem freien Marke verleiten lassen, etwa zu viel Getreide auf den Markt zu werfen und dadurch die Möglichkeit, seine Umlage zu erfüllen, zu gefährden. Die Haftung, die ihn in diesem Falle trifft, und die nach dem Gesetze unabweislich in Anspruch genommen wird, würde nicht nur für ihn alle jetzt auf dem freien Markt erzielten Gewinne verschlingen, sondern darüber hinaus noch einen erheblichen geldlichen Verlust bedeuten.

Ein Beispiel möge dies erläutern: Der Landwirt wird heute für den Jentner Weizen vielleicht noch einen Preis von 25 Mark erzielen und zur Zeit des höchsten Standes etwa 245 Mark erzielt haben. Das macht für die Tonne 4500 Mark bzw. höchstens 4000 Mark und bedeutet gegenüber dem Preise für das Umlagegetreide mit 2800 Mark je Tonne zwar eine augenblickliche Mehreinnahme von 2200 Mark bzw. 2700 Mark. Nach dem Gesetz hat der Landwirt aber, wenn er die Umlage nicht erfüllt, den Unterschied zwischen dem Umlagepreis für Weizen und dem Preise für ausländischen Weizen zusätzlich eines Zuschlages von einem Viertel dieses Unterschiedes als Haftsumme zu zahlen. Dieser Unterschied berechnet sich, wenn man die gegenwärtigen Preise von etwa 4750 Mark für die Tonne ausländischen Weizen einsetzt, auf 2350 Mark und mit dem Zuschlag von 25 Prozent auf etwa 2940 Mark. Der Landwirt erleidet hiernach einen Verlust von 340 Mark bzw. 740 Mark je Tonne nicht abgelieferter Umlagegetreide, ein Verlust, der sich bei weiterem Rückgang der Preise für einheimisches Getreide oder bei Steigen der Weltmarktpreise oder Verschlechterung der deutschen Währung bis zur Fälligkeit der ersten Umlagerate im Oktober 1921 entsprechend erhöht.

Abgesehen von dem eigenen Interesse, das hiernach der Landwirt an der restlosen Erfüllung der Umlagepflicht hat, ist es auch eine vaterländische Pflicht der Landwirtschaft, das Reich durch Ablieferung des einheimischen Getreides vor der Notwendigkeit zu bewahren, aus dem Auslande noch mehr Getreide einzuführen und hierfür noch mehr fremde Zahlungsmittel zu beschaffen.

Heimatliches.

Rastätten, 15. August 1921.

Abendruhe. Die Abnahme der Tagstunden hat ein schnelleres Tempo eingeschlagen, um 8 Uhr macht sich heute schon die Abendstille geltend. Noch ist es schön, und ein Abendspaziergang, ein Ständchen auf Balkon, Veranda oder am offenen Fenster ist ein Genuss. Noch sind die Abendstunden frei von lebhafterer Tätigkeit, die Freude vom sommerlichen Abendsfrieden überwiegt. Der nahe Herbst bringt die abendlichen Beschäftigungsstunden, denn aus dem Sommer hat man mancherlei an Revolvern mit in die Folgezeit hinübergenommen. Konzerte und Avenuenen sind noch nicht verschwunden, die junge Welt will noch etwas von der schönen Jahreszeit haben. Eine gewisse Einschränkung hat allerdings schon Platz gegriffen. Die Zeiten sind teuer, und das Geld ist knapper geworden. Zwischen den Nachbarn gibt es in der Abendruhe manches Gespräch, wie es mit den Kartoffeln in den Herbstmonaten werden wird, und mit dem Fleisch, mit dem Fett, mit dem Brot. Und endlich mit den Steuern. Auch die Kohlen spielen eine Rolle. Das Sprechen darüber ist erklärlich. Aber belasten wir die letzten schönen Sommerabende nicht mit zu viel Sorgen. Wir haben uns durch sieben schwere Winter durchgeschlagen, wir werden auch den achten überwinden.

Frauen als Schöffen und Geschworene. Ein diesbezügliches Gesetz ist dem Reichstage zugegangen. Wenn man den Frauen volle politische Rechte gegeben hat, so kann man ihnen, sagen die Verteidiger dieser Vorlage, auch das Recht nicht verweigern, als Schöffen und Geschworene zu amtieren. Der öfters dieses Amtes gewaltet hat, wird aber doch etwas anderer Ansicht sein, nicht weil er die Absicht hat, den Frauen Rechte vorzuenthalten, sondern weil er wünscht, daß die Heiterkeit der Frauenfeste für ihr Walten als Frau und Mutter nicht durch die dunklen Bilder getrübt werde, die so viele Schwurgerichtsverhandlungen bieten. Dann kommt aber noch ein recht praktischer Grund dazu. Hausfrauen, die in ihrem Haushalt die Hände voll zu tun haben, empfinden kaum das Bedürfnis, eine Schwurgerichtssession hindurch im Sitzungssaal von früh bis spät auszuhalten. Uebrigens hat sich auch der Reichsrat gegen die Vorlage ausgesprochen, was freilich nicht gehindert hat, daß sie an den Reichstag gelangte.

St. Goarshausen, 13. Aug. Herr Kreisshulrat Winter hat am 25. v. Mis. die Verwaltung der diesseitigen Kreisshulratsgeschäfte übernommen.

Ketter, 14. Aug. Demnächst werden die Gemeindeglieder wieder durch drei Glocken „zur Eintracht, zu heutigem Verein“ ins Gotteshaus gerufen. Ein Geschwisterpaar aus Amerika, dessen Vater von hier stammt, hat zwei Glocken gestiftet, die in der Glockengießerei in Sinn bestellt worden sind. Der Glockenturm ist abgeleert und so läutet die Glocke jetzt von einem Gerüst neben der Kirche. (Sollte es nicht möglich sein, auch andere heimatliebende Amerikaner zu einer solchen Schenkung zu bewegen?)

Spd. Fischbach i. T., 14. Aug. Die 62jährige Ehefrau Katharine Gottschall wurde auf der Straße von einem Auto überfahren und auf der Stelle getötet.

Langenschwalbach, 14. Aug. Die im hiesigen Kreis durchgeführte Statistik über die Gemeindegüteranlagen hatte folgendes Ergebnis: Anzahl der Bäume: 7078 Stück, Einnahmen in 1914: 5616 Mark, Einnahmen in 1920: 90302 Mark.

Diez, 15. Aug. Der Gewerbeverein, lange Jahre der Sammelpunkt unseres Diezer Handwerks und Gewerbes, soll nunmehr aufgelöst werden. Mit überwiegender Mehrheit wurde dieser Beschluß in einer Versammlung am Donnerstagabend gefaßt und wird auch wohl in einer demnächst nochmals stattfindenden Versammlung entgültig werden.

Spd. Frankfurt, 14. Aug. In ärztlichen Kreisen ist man der Auffassung, daß die zahlreichen Ruhrerkrankungen, die seit Wochen in der Stadt auftreten, nicht auf den Obstgenuß zurückzuführen sind, sondern in erster Linie ihre Ursache in dem Beisammensein der Tausende von Menschen in den Familienbädern haben. — Die Zahl der Fernsprechanschlüsse in Frankfurt beträgt gegenwärtig 34000; davon 20000 Haupt- und 14000 Nebenanschlüsse.

Vermischtes.

700 Millionen Ferngespräche. Im Jahre 1900 gab es im deutschen Fernsprechverkehr 281 482 Haupt- und 55 258 Nebenstellen. Im Jahre 1900 wurden innerhalb desselben Ortsfernsprechnetzes rund 600 Millionen Ferngespräche und zwischen verschiedenen Ortsfernsprechnetzen 93,5 Millionen Gespräche ausgeführt. Im Jahre 1920 sind diese Zahlen auf 2,5 Milliarden und auf 700 Millionen gestiegen.

Ein sechsfacher Mord bei Bromberg. Ein sechsfacher Mord wurde in Kruschin bei Bromberg verübt. Dem Morde sind folgende Personen zum Opfer gefallen: Der Besitzer Ulrich und seine Frau Emma, der Schwiegervater des Ulrich, namens Prieb, und dessen Sohn Gottfried, ferner der Knecht des Ulrich, namens Detala, und eine

Frau, deren Name noch nicht festgestellt werden konnte. Sämtliche Personen sind von den Mördern erschossen worden. Diese haben nur ein kleines, sechs Monate altes Kind verschont. Die Mörder haben die ganze Wohnung ausgeraubt.

Doppelraubmord in Hamburg. In Hamburg wurden der 62jährige Weinhändler Rudolf Magnus und seine 39jährige Tochter Marie Magnus-Möller, Kaufmannsweib, mit Schüssen im Kopfe tot aufgefunden. Alle Verhältnisse waren durchwühlt und alle Gold- und Wertgegenstände geraubt. Einer der in Frage kommenden Mörder ist offenbar der Heizer Anton Bartowiat, der die Polizeibeamten aufgefördert hatte, nach der Wohnung der Ermordeten zu kommen, vor dem Hause aber entfliehen wollte. Bei seiner Verhaftung hatte er einen geladenen, aber nicht abgefeuerten Revolver, 1900 Mark in bar sowie blutbefleckte Schmutzfächer in Menge in den Taschen und Blutspuren an den Händen; er leugnet bis jetzt aber die Teilnahme am Mord. Dem zweiten Täter ist man schon auf der Spur; es ist ein Mann namens Brandt.

Die geizigen Reichen. Das Ergebnis der Väterwoche für die Oberstufenhilfe liegt für die Distriktbäder auf der Insel Usedom jetzt vor. Höchst bezeichnend ist es, daß das größte Bad, in dem die reichsten Kurgäste sitzen, Heringsdorf, ganze 6000 Mark aufgebracht hat, Swinemünde 1500 Mark, während bedeutend kleinere Bäder ansehnliche Beträge gesammelt haben. Uckeritz a. V. 1600 Mark, Kolow 1500 Mark, Widdrow 9211 Mark und Zinnowitz sogar rund 10 000 Mark.

Das Kennzeichen des Intellektuellen. Die „Tägliche Rundschau“ entnimmt dem Budapestener Polizeibericht folgende bezeichnende Meldung: „Heute wurde die Budapestener Oberhauptmannschaft verständigt, daß in der Nähe der Insel Eszelpalast dem rechten Donauufer der Leichnam eines jungen Mannes aus dem Wasser gezogen wurde, welcher Spuren äußerer Gewalt aufweist. Der Ermordete gehört wahrscheinlich der intelligenten Klasse an, da sein Anzug gewendet war.“

Die Stadt Pinst abgebrannt. Durch einen riesenhaften Brand wurde Pinst in Wollhynien, eine Stadt von etwa 60 000 Einwohnern, fast vollständig eingedöhrt. Die Lage der Abgebrannten ist entsetzlich. Hunderte von Familien kampieren auf offenem Felde. Rings um Pinst wüten Waldbrände.

Schweres Autounglück bei Braunschweig. Auf der Landstraße in der Nähe von Braunschweig ist eine Frau Pilz aus Leipzig und ihr achtjähriger Sohn von einem Automobil überfahren worden. Frau Pilz war sofort tot, ihr Sohn wurde lebensgefährlich verletzt. Die Insassen des hierbei umgestürzten Automobils kamen ohne Verletzungen davon.

Ein Stadtspektakel. Die Stadt Angerburg in Ostpreußen begeht Ende August das Fest ihres 350jährigen Bestehens. Die Stadt verbannt ihren Namen dem Ritterschloß Angerburg, das von dem deutschen Ritterorden am Anfang des 14. Jahrhunderts am Mauersee erbaut wurde. Im Mittelpunkt der Festveranstaltungen stehen sportliche und turnerische Wettkämpfe. An einen Festgottesdienst schließt sich eine Festigung der städtischen Körperschaften an.

Bootsunglück auf dem Zschliner See. Auf dem Zschliner See (Mark) hat sich ein schweres Bootsunglück ereignet. Von einer Mannschaft des Ruderklub „Nordstern“ sind zwei Teilnehmer auf einer Ferienfahrt ertrunken. Es handelt sich um den Kaufmann Willi Pohlmann aus Zettlitz und den Kaufmann Bruno Kunze aus Pankow. Die Leichen der beiden Ertrunkenen sind noch nicht geborgen. Die Ursache des Unglücks ist noch völlig unauferklärt.

Die Samoaner und Deutschland. Der neuseeländische Außenminister hatte versucht, in Samoa eine Einigung mit den Eingeborenen zustande zu bringen. Das Eingeborenen-Parlament erklärte ihm jedoch, daß man mit den Neuseeländern nicht zusammenkommen wolle. Wenn man schon unter die Vormachtigkeit einer Großmacht kommen müsse und Deutschland nicht haben könne, wolle man sich höchstens Großbritannien angeschlossen lassen. Das Parlament erklärte, daß Samoa die Verwaltung durch Neuseeland nicht anerkennen werde, weil kein samoanischer Vertreter den Vertrag von Versailles mitunterzeichnet habe, während 1899 Samoa die Konvention unterzeichnete, durch die es deutsches Eigentum wurde.

Um den Aufenthalt des Kaisers Karl. Aus Wiener unterrichteten Kreisen vernimmt man, daß der Termin des 31. August, welchen der Schweizer Bundesrat dem Kaiser für seinen Aufenthalt in der Schweiz gesetzt hat, eine Verlängerung erfahren wird, da die Verhandlungen über den künftigen Wohnsitz des Kaisers noch zu keinem Ergebnis geführt haben.

Wie Japan abrüstet. Der Korrespondent des „Public Ledger“ erklärt, daß Japan in der Schweiz Dieselmotoren bestellt hat zu einem Gesamtwerte von 1 250 000 Pfund Sterling für seine Marine. Diese Boote, welche bei Gebrüder Saurer in Winterthur gebaut werden. Der Korrespondent meldet, daß diese Maschinen ungefähr 4000 Pferdekraft haben werden, während Pläne in Vorbereitung sind für Unterseeboote mit mehreren derartigen

Maschinen von einer Gesamtpferdekraft von 15—20 000. Diese Maschinen sind doppelt so stark wie diejenigen, welche Amerika vor einiger Zeit bei derselben Firma bestellt hat.

Die Petroleumquellen von Vaku in Flammen. Zu den vielen Katastrophen, von denen Russland jetzt heimgeheuchelt wird, hat sich eine neue gefügt. Aus Moskau wird gemeldet, daß in den Vorstädten Vaku, wo die Petroleumquellen liegen, ein ungeheurer Brand ausgebrochen sei, und daß 18 Quellen bereits in Flammen stehen. Der Brand nehme immer mehr an Ausdehnung zu, da alle Mittel zu seiner Bekämpfung fehlen. Die Einwohner von Vaku und der umliegenden Dörfer fliehen in Scharen aus den von dem Brande bedrohten Gebieten.

Durchgang der Erde durch den Schweif eines Kometen. Wie die Königsstuhl-Sternwarte mitteilt, ist in der Nacht vom 8. zum 9. August die Erde durch den Schweif eines Kometen gegangen. Quer über den sternklaren Himmel lag eine Anzahl leuchtender Bänder in Form eines Kranzes von Westnordwest nach Ostnordost. Die Bänder bewegten sich langsam in der Richtung Nordnordost und verblähten in der Morgendämmerung. Der Kopf des Kometen ist zwischen der Sonne und Erde südwestwärts vorbeigezogen.

Das Luftschiff als Rettungsboot. Wie die „D. A. Z.“ aus London meldet, wurde in England ein Rettungsboot in Form eines Luftschiffs gebaut. Die Pläne für dieses Schiff haben drei Jahre zu ihrer Vervollständigung gebraucht. Das neue fliegende Rettungsboot wird imstande sein, ein mit den Wellen kämpfendes Schiff mit der Schnelligkeit von 100 englischen Meilen die Stunde zu erreichen. Man nimmt an, daß es durch das rauheste stürmische Wetter mit der Sicherheit eines transatlantischen Dampfers fliegen wird. Die Flügel des neuen Luftschiffes werden eine Ausdehnung von 140 Fuß haben. Da der Körper des Schiffes von einem Ende zum andern aus einem Stück gebaut ist, wird es gegen die aufgeregtesten Meereswogen mit Leichtigkeit anlämpfen können.

Landlichtspiele. Beim Zentralauschuss für Landlichtspiele im Verein für ländliche Wohlfahrts- und Heimatpflege ist mehrfach nach der Herkunft der im „Dorf-Lino“ auf der Leipziger landwirtschaftlichen Ausstellung gezeigten Lehrfilme angefragt worden. Der Zentralauschuss teilt darauf mit, daß die Filme von verschiedenen Gesellschaften stammten. Der Zentralauschuss selbst ist nur eine Auskunfts- und Beratungsstelle. Sein Geschäftsführer, Herr Kleinhaus, ist bereit, gegen Erstattung der Reisekosten Vorträge zu halten unter gleichzeitiger Vorführung von Filmen, deren Auswahl vorher vereinbart werden muß.

Wichtige amerikanische Dokumente gestohlen. Brüssel, 12. August. Wie erinnert, wurde vor einigen Tagen auf den D-Zug Amsterdam-Brüssel-Paris ein Attentat verübt. Der D-Zug hatte in seinem Postwagen 4 Millionen Franken zu transportieren. Eine Postkiste mit Dokumenten des amerikanischen Heeres, die diplomatische Auskünfte von größtem Werte enthielten. Die amerikanischen Behörden sind wegen dieser Angelegenheit in arger Verlegenheit.

Handel und Verkehr.

Schlachtviehpreise nach Lebendgewicht. Aus der Zusammenstellung der monatlichen Durchschnittspreise für Schlachtvieh nach Lebendgewicht in den Monaten Mai bis Juli 1921 an den 10 größten Schlachtviehmärkten ergibt sich, daß die Preisbewegung für Rinder eine durchweg rückläufige war. Die Kalberpreise zogen im Juli gegen den Vormonat an in Berlin, Breslau, Dresden und Köln; sonst waren sie überall niedriger. Gegen Mai waren Steigerungen nur in Köln zu verzeichnen. Bei Schafen waren gegen den Vormonat überwiegend die Preise höher, nur Berlin, Breslau, Dortmund, Mannheim waren niedriger. Im Vergleich zum Vormonat Mai sind Preissteigerungen zu verzeichnen in Magdeburg, Dresden, Frankfurt a. M., Köln. Die Schweinepreise waren im Juli an allen Märkten höher als im Vormonat. Gegen den Mai waren sie niedriger nur in Dortmund, Frankfurt am Main und Mannheim.

Fleischverbrauch ein und jenseit. Vom Oberpräsidium in Allenstein sind auf Grund der Ergebnisse der Fleischschau und der Nachschau die in Königsberg in der Zeit vom 1. Oktober 1920 bis 30. April 1921 verzehrten Fleischmengen verglichen worden mit dem Fleischverbrauch in der Zeit vom 1. Oktober 1913 bis 30. April 1914. 1920-21 ergibt sich gegenüber 1913-14 ein Mehrverbrauch von rund 2000 Rindern und 90 Schafen, dem ein Minderverbrauch von rund 3330 Kälbern und 3900 Schweinen gegenübersteht. Bei Nachführung aller Tiere auf Schweinewerte stellt sich der Nachkriegsverbrauch in Königsberg pro Tag um 26 973 Pfund Fleisch weniger als vor dem Kriege. Dabei ist der zweifelslos wohl bedeutende Minderverbrauch an von auswärts eingeführtem konserviertem Fleisch nicht berücksichtigt; ebenso ist nicht in Rechnung gestellt, daß zumindest das Rindvieh in der Vorkriegszeit schwerer war als jetzt. Der Minderverbrauch der Nachkriegszeit von 26 973 Pfund ergibt bei einer Einwoh-

nerzahl von rund 273 000 einen Minderverbrauch von ein Achtel Pfund pro Kopf und Tag. Dabei ist außer acht gelassen, daß die Einwohnerzahl Königsbergs jetzt etwa 7500 größer ist, als in der Vorkriegszeit.

Freigabe der Getreidezufuhr. Am 10. August fand im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft eine Sitzung unter dem Vorsitz des Reichsministers Dr. Hermes statt, in der die Frage der freien Einfuhr von Brotgetreide, Weizen und Roggen, mit den in dem Ausschussrat der Einfuhrgesellschaft für Getreide- und Futtermittel vereinigten Vertretern von Handel, Landwirtschaft und Mühlenindustrie erörtert worden ist. Sämtliche Vertreter der genannten Wirtschaftskreise haben sich, namentlich mit Rücksicht auf die derzeitige Preisbildung für Weizen im Inland, einstimmig für sofortige restlose Aufhebung der bisher bestehenden Einfuhrsperre für Brotgetreide ausgesprochen.

Die Schädlichkeit der „Sanktionen“. Die Handelskammer zu Köln teilt mit: Durch die Presse geht die Meldung, daß die Interalliierte Rheinlandkommission die Eingabe der Handelskammer Köln wegen Aufhebung der Sanktionen mit der Begründung zurückgewiesen habe, daß die Einwände nicht stichhaltig seien. Die Handelskammer hat erst auf diesem Wege von der Zurückgabe ihrer Eingabe Kenntnis erhalten und erklärt dazu, daß ihre Eingabe in allen Teilen auf einwandfreiem Tatsachenmaterial beruht. Die Handelskammer wird der Rheinlandkommission an der Hand von weiterem neuen Material den Beweis für die Schädlichkeit der Sanktionen und die Nichtigkeit der von der Handelskammer aufgestellten Behauptungen in vollem Umfang erbringen.

Eingefandt.

(Für alle unter dieser Rubrik erscheinenden Artikel übernimmt die Schriftleitung nur die vorhergehliche Verantwortung.)

Niehlen, 13. August.

„Ablagerungsstelle für Steine, alte Blechdöpfe, Büchsen usw.“. „Wafate mit dieser Aufschrift werden in Kürze in unserer „Bach“ ausgeföhrt! Obwohl schon wiederholt über dieses „Wafate“ an dieser Stelle geschrieben wurde, bitte ich den Herrn Redakteur höflich, auch meinen Zeilen noch Aufnahme zu gewähren. — Jedermann in unserem Ort bemüht sich, das Strafenbild verschönern zu helfen, trotz der hohen Ausgaben werden die Häuser verputzt, auch sonstige Verbesserungen vorgenommen, sodas man seine Freude daran hat. Diesem Allen gegenüber steht nun unser Mühlbach im Ortsering als Schandfleck da; Worte hierüber zu schreiben ist nicht mehr nötig, aber dieser Zustand grenzt mehr an Sch... es ist gesundheitsgefährlich, ekelerregend nicht allein für die durchgehenden Fremden, sondern auch für die Einheimischen. In anderen Gemeinden wurde diese Trötenperiode dazu benutzt, ähnliche Zustände zu beseitigen, aber bei uns wird dieses Alles nicht berücksichtigt. Erlaubt denn unser Gemeindevorstand gar nicht über einen solchen Anblick des den Ort durchziehenden Mühlbachs? Der neuere Postkempel heißt: „Niehlen, Taunus.“ gehört diese Verwaltung in einen Taunusort? Ja, glaube wahrhaftig nicht. Von dem Mühlbach und distanzieren kommt keine Schippe voll Schmutz aus der Bach, nein, es muß zur Tat geschritten werden. Aber lieber Vater, weißt du auch wer daran die Schuld trägt? — Die Arbeiter sollen schuld sein, denn bei der ersten Versteigerung wurden 30 A verlangt für das ebm herauszuschaffen, was aber nicht genehmigt wurde; bei der zweiten Versteigerung wurden 35 A verlangt in Anbetracht der stets steigenden Lebensmittelpreise, wodurch die Ausführung dieser Arbeit wieder nicht zu Stande kam. Davon, daß in hiesigem Orte die Fleischpreise viel höher sind, wie anderwärts, daß das Pfund Butter an einem Tag drei Mark in die Höhe geschraubt wird, davon und darüber wird kein Wort verloren. Dem Arbeiter aber wird das Recht abgegriffen, sich seine Arbeit den Verhältnissen nach bezahlen zu lassen. Durch diese „Bach- resp. „Schmutzgeschichte“ hört man Bemerkungen, die nicht von schönen Verhältnissen zeugen und es ist die höchste Zeit, daß der Amtsvorstand diese Angelegenheit aus der Welt schafft.“

G. C. Patzig. Der praktische Oekonomieverwalter. Ein Hand- und Nachschlagbuch über alle Zweige der praktischen Landwirtschaft. Unter Mitwirkung bewährter Fachmänner vollständig neu bearbeitet und herausgegeben von Dr. Wölfer, Direktor der staatl. Ackerbauschule in Dargun i. M. Mit über 400 Abbildungen. Leipzig 1921. Preis gut gebunden 72 Mark. Vorrätig in der Müllerschen Buchhandlung, Rastätten.

Dieses in der gesamten Landwirtschaft altbekannte, bewährte und führende Werk behandelt eingehend und ausführlich das gesamte Gebiet der Landwirtschaft nach zeitgemäßen Anforderungen. Dem Bearbeiter und Herausgeber des Buches, heute einer der bedeutendsten Fachmänner, ist es gelungen, mit diesem Werk ein unübertroffenes, aus reicher praktischer Erfahrung heraus entstandenes Lehrbuch zu schaffen, das einem jeden Landwirt grundlegende und umfassende Kenntnisse in anregender und allgemeiner verständlicher Form zu vermitteln vermag und in der landwirtschaftlichen Welt der Jugend ein Berater sein wird.

Zahlreiches und gutes Bildmaterial schmückt das in jeder Beziehung vorzüglich ausgestattete Werk und trägt wesentlich zum Verständnis des Textes bei.

Möge sich dieses Werk in der neuen Ausstattung zu seinen zahlreichen alten Freunden immer mehr neue erwerben und an seinem Teile dazu beitragen, tüchtige Landwirte und Gehilfen in der Landwirtschaft heranzubilden, die den deutschen Boden immer sachgemäßer und erfolgreicher bebauen und so unserem deutschen Volke zu neuer Kraft verhelfen.

Die Anschaffung dieses Buches kann jedem Landwirt und allen, die es werden wollen, nur wärmstens empfohlen werden.

Der Herr des Todes.

Roman von Karl Nöbner.

Nachdruck verboten.

„Wollen wir hier einsteigen? Ist's dir recht, Mutter?“

Sie nickte und ging auf den nächsten Wagen zu.

Drinnen waren alle Sitzplätze besetzt — so stand sie, wie der Zug nun wieder fuhr, neben dem Sohn in dem freien Raum am Ende des Wagens.

Und sie erröthete und wurde ganz rot, als ein junger Herr, der eben von seiner Zeitung auf sah, ihren Blick aufnahm.

Wer war das? Kannte der sie — — — Aber da merkte sie, wie er jetzt näher kam und zurück in den Wagen wies, daß er ihr nur seinen Sitzplatz hatte anbieten wollen.

Ganz erleichtert fühlte sie sich. Sie dankte ihm und sah fragend auf ihren Sohn. Und auch Perez Herrera lächelte dankend den Hut vor dem jungen Herrn und nickte seiner Mutter lächelnd zu.

Auf dem Bahnhofe „Leipzig-Platz“ stiegen sie aus.

Vor den Schaufenstern der Berliner Porzellan-Manufaktur, vor einem Pelzladen standen sie still, sahen mit Augen, die in Fernen schauten, über die ausgestellten Dinge hin, und schritten weiter.

„Nicht wahr, hier hat sich viel verändert?“ fragte sie.

„Ja, Mutter, wunderbar beinahe ist es, was alles da in diesen wenigen Jahren neu geworden ist. Die vielen schönen Bauten, die Theater, die neuen Hotels —“

„Sie nicht, Sag“ — wo bist du denn eigentlich abgeblieben?“

Er hob die Hand und machte eine zwecklos deutende Geste: „Ach — unten in der Friedrichstadt — es ist da nicht viel Staat zu machen — Aber — nicht

wahr? — wann bin ich denn zu Hause?“

„Und mit deinen Geschäften hier bist du zufrieden?“

„Ja, ja — gewiß — Gott — nicht wahr, Mutter, man muß sich da eben tüchtig rühren — die Konkurrenz —“

Ein paar Menschen kamen ihnen entgegen, und da das Rotteck hier an dieser Stelle durch einen Bauzaun verengt war, wurden sie für Sekunden getrennt.

„Aber hier gehen sich doch alle jungen Leute ihre heimlichen Rendezvous?“ Sie lächelte ein wenig. „Ich meine die ganz jungen — die mit den Musikmappen und den halbblonden Haaren — die, denen die Lieb- im Zusammenhang mit roter Bräune noch einmal so poetisch erscheint.“

„Nicht lächelnd, und er dachte: Zum erstenmal, daß sie ein bißchen freier ist — daß ihre liebe Art von damals sich wieder —“

„Aber hier gehen sich doch alle jungen Leute ihre heimlichen Rendezvous?“ Sie lächelte ein wenig. „Ich meine die ganz jungen — die mit den Musikmappen und den halbblonden Haaren — die, denen die Lieb- im Zusammenhang mit roter Bräune noch einmal so poetisch erscheint.“

„Nicht lächelnd, und er dachte: Zum erstenmal, daß sie ein bißchen freier ist — daß ihre liebe Art von damals sich wieder —“

„Aber hier gehen sich doch alle jungen Leute ihre heimlichen Rendezvous?“

„Wir! Aber Peter —!“ Ihre Augen, die noch eben so munter waren, wurden, mit einem Male wieder ganz unsicher und hilflos.

„Na — weil wir uns doch auch so heimlich treffen müssen — du, Mutter, und ich — wie zwei arme verschwiegene Liebende, die sich am dritten Ort „ausprechen“ müssen, weil's weder bei „ihm“ geht, noch bei „ihm“ —“ Seine Stimme war weicher geworden, wie er das sagte, und ein leiser Klang von Bitterkeit lag nun doch in ihr.

Den hörte sie heraus, der traf ihr Herz, und siegte über ihre Angst. Sie nickte rasch und schritt vor ihm durch die Tür in die alte Konditorei.

Drinnen in dem einfachen und ganz heimlich mit vielen kleinen Tischen eingerichteten Raume wurde ihr dann bald leichter. In einer Nische, die ziemlich tief im Hintergrunde lag, so daß sie von der Straße aus überhaupt nicht gesehen wer-

den konnte nahmen sie Platz. Und als sie da erst saßen und der Blick der Frau von Verstorft aus dieser dämmernden Geborgenheit über die anderen Tischen hinglang, an denen einzelne Paare und Mädchen und Damen in Gruppen und mit Kindern saßen, kam sogar etwas wie ein leiser Uebermut über sie. Sie suchte die Hand ihres Sohnes und lächelte ihm zu. Und sie ging selbst an das reichbesteckte Büfett, hinter dem drei junge Mädchen bedienten, und wählte aus. Einen Teller voll süßer Früchte brachte sie dann an den kleinen Tisch zurück.

„Peter, mein Junge, du — so viel habe ich doch an dich gedacht — den ganzen Tag noch gestern und die ganze Nacht und heute wieder! Wehst du denn, was das für mich ist, dein Geriech? Und daß es gerade jetzt ist, und ich mich doch mehr zu Hause losmachen kann!“

Er griff nach ihrer Hand und hielt sie heimlich zwischen seinen Händen. Er sprach nicht, nur die Finger strichen immer wieder in einer tiefen Bärtlichkeit über die schmale Frauenhand, die er so liebte, und die sich ihm hier so willig überließ.

„Und so viel mußt du mir noch sagen und erzählen — alles möchte ich wissen, deinen ganzen Tag möchte ich kennen, daß ich zu jeder Stunde, wenn ich an dich denke, auch weiß: legt ist er da — legt macht er das — — — Willst du?“

„Ja, Mutter, ja —“ Er sah in dieses zarte Gesichtchen, auf dessen milden und verächtlichen Zügen jetzt so viel Freude blühte. Er fühlte, daß er ihr, wenn er einst wieder eine, ein Bild seines Lebens hinterlassen mußte, das für sie wie ein stiller Platz zum Ruhen für ihre saagen und doch so liebevollen Träume war. Er war sich jetzt nicht klar, was er ihr da noch sagen würde — nur daß er niemals von Perez Herrera reden durfte, das wußte er.

„Peter — du sollst jetzt essen.“

„Danke — nicht jetzt.“ Da schnitt sie mit einem Pöfselfchen ein kleines Stüchchen Brot los, schob es ihm rasch in den Mund — und blickte gleich darauf ein wenig ängstlich um sich. Sie hatte einen Augenblick lang das Gefühl, als wäre das, was sie getan hatte, unethisch —

Er schluckte sorgsam, sah sie lächelnd an und zwang sich, ihre Unfreiheit zu übersehen. Er suchte einen Scherz und sagte: „Wenn das jemand gesehen hat, dann hält er uns ganz sicher für ein Liebespaar.“

„Mich alte Frau und dich?“

Er nickte nur. Sie hob den Kopf. Alte Zusammenhänge lösten einen anderen Gedanken in ihr aus, der alles andere überflutete. „Peter — sogar gesprochen habe ich doch gestern noch von dir. Ich war ja so glücklich, daß ich nur deinen Namen nennen konnte — wie eine Erlösung war es für mich, wie sie noch dir zu fragen angefangen hat.“

„Nach mir zu fragen —? Wer denn?“ Seine Stimme war ein wenig unsicher und zwang sich doch zu einem Klang von nachlässiger Gleichgültigkeit. Er wußte, während er so fragte, wer allein mit der Mutter über ihn gesprochen haben konnte.

„Frau Wittgenau — du hast sie doch noch im Wagnen auf der Diele gesehen.“

„Ja — ich habe sie da noch einen Augenblick gesehen und begrüßt. Sie stand gerade vor dem großen Spiegel —“ Er schwieg und schüttelte rasch den Kopf; das war, als wiese er da etwas von sich ab — eine Bitterkeit, eine Schärfe. Und mit gesuchter Ruhe sagte er dann: „Verzeih, Mutter — es ließ sich nicht vermeiden — es war so, daß ich ungelesen nicht vorüber konnte; aber wenn du ein Wort zu ihr erwähnt, daß sie darüber schweigen möge, wird sie doch sicher tun.“

Die Mutter überhörte die Worte.

„Sie hat so gut und freundlich nach dir gefragt —“

„Und da hast du von mir erzählt?“

„Ja, Peter — sollt' ich nicht?“

„Doch, Mutter — doch —“

Sie schwiegen beide still.

Und dann sagte sie wieder, was sie schon am Tage vorher zu ihm sprach: „Peter — sie hat damals sehr an dir gehangen.“ Er griff nach dem kleinen Silberöffel, der bisher unberührt neben dem Zellerschen vor ihm gelegen hatte. Immer wieder drehte er den dünnen Stiel zwischen den Fingern, als wäre das ein Tun von Wichtigkeit, ein Spiel, dem alle seine Sinne folgten. Seine Augen waren dabei senkrecht, haleten an dem blinkenden Pöfself.

Die Mutter neben ihm rückte ein wenig.

Er fragte rasch, und seine Stimme klang dabei seltsam gepreßt: „Wie lebt sie denn? Wer ist ihr Mann — ich habe diesen Namen früher nie gehört?“

Die Mutter griff nach seiner Hand und strich leise über die immer noch in diesem unruhigen Spiel verlorenen Finger hin.

(Fortsetzung folgt.)

Sommerprossen — weg!

Leidensgefährten teile unentgeltlich mit, auf welche einfache Weise ich meine Sommerprossen gänzlich beseitigte. Frau Elisabeth Ehrlich, Frankfurt a. M. 1927.

Gasabgabe.

Wegen Reparatur eines Ofens muß die Gasabgabe in den nächsten zwei Wochen eingeschränkt werden.

Die Leitung ist vorläufig täglich geöffnet von 7—1 Uhr mittags und 8—12 Uhr abends. Änderungen bleiben vorbehalten. Nastätten, den 13. August 1921.

Der Magistrat: Wasserloos.

Ausschreiben.

Fünf Schultafeln sollen mit neuem Anstrich versehen werden. Nähere Auskunft erteilt Hauptlehrer Ranke.

Angebote auf Ausführung der Arbeit bis zum 20. ds. Mts. erbeten. Nastätten, den 12. August 1921.

Der Magistrat: Wasserloos.

Bekanntmachung.

Die gemäß § 36 des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 21. Januar 1877 aufgestellte Liste der Personen, die zu dem Amte eines Schöffen und Geschworenen berufen werden können, liegt vom 15. August ab eine Woche lang im Rathause zur Einsicht aus.

Einsprüche gegen die Richtigkeit und Vollständigkeit der Liste können innerhalb der Offenlagefrist schriftlich bei dem Magistrat angebracht werden. Nastätten, den 11. August 1921.

Der Magistrat: Wasserloos.

Bekanntmachung.

Die Liste der Handwerker, welche an der Abstimmung über die Errichtung der Zwangsbauung für das Müllerhandwerk im Bezirk des Kreises St. Goarshausen teilgenommen haben, liegt in der Zeit vom 8. August bis 22. August 1921 auf dem Landratsamt hier selbst, Zimmer Nr. 4, zur Einsicht und Erhebung etwaiger Einsprüche der Beteiligten, offen.

Indem ich dieses hiermit öffentlich bekanntgebe, bemerke ich, daß nach Ablauf der Frist angebrachte Einsprüche unberücksichtigt bleiben.

Der Landrat als Kommissar des Herrn Regierungspräsidenten.

Wird veröffentlicht: Nastätten, den 12. August 1921.

Der Bürgermeister: Wasserloos.

Sozialdemokratischer Verein Nastätten

Dienstag, den 16. August, abends 9 Uhr, im Gasthaus „Zur Rose“

anherordentliche Generalversammlung

wozu das Erscheinen sämtlicher Mitglieder dringend erwünscht wird.

Der Vorstand.

Statt besonderer Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, Freitag Abend 10 Uhr, unsern lieben Sohn, Bruder und Enkel

Karl Werner

nach langem, schweren Leiden in der Chirurgischen Universitäts-Klinik in Giessen im jugendlichen Alter von 17 1/2 Jahren zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Dies zeigt tiefbetrubt an Familie Jakob Werner.

Nastätten, den 14. August 1921.

Die Beerdigung findet Dienstag, den 16. August, nachmittags 4 1/2 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Mittwoch und Freitag

jeder Woche bin ich mit

Gemüse

hier an der Ecke des Ladengeschäftes Edmund Schuler.

Frau Theis, St. Goar.

Gruben-Sand

besser als Rheinland zum Verputzen von Gebäuden in jeder Menge.

Gruben-Ries

grob und fein für Wegebau franco Lieferung zu haben bei

Heinrich Meyer, Bierschied.

Telefonische Bestellungen bevorzugt. Telefon Nr. 23.

Als Ersatz für Zitronen

empfehle ich

Citronensaft und Citronen-Essenz

frisch eingetroffen!

G. Bleutge, Drogenhandlung.

Turn-Verein Nastätten.

Zur Teilnahme an der Beerdigung unseres werten Mitgliedes Karl Werner werden alle Vereinsmitglieder hierdurch eingeladen. Eintreten um 4 Uhr am Abolsplatz. Der Vorstand.

Salatgurken

empfehle

Gärtnerei E. Wölfert

Nastätten: Oberstraße.

Dabe 4 Stück, fünf Wochen alte, reifereifige

Dackelhunde

zu verkaufen. Wilh. Wad II., Welterod.

Zirka 4500

Wein- und Biergläser

hat zu verkaufen

R. Hübel Nastätten (an der ev. Kirche)

Lebensmittel:

Kaffee (roh und gebrannt), Voll- und Bruchreis, gelbe Viktoria-Erbisen.

Futtermittel:

Mais (La Plata), Sesamkuchen, Rapskuchen, Palmskuchen, Kokuskuchen, Weizen-Vollmehl, Trocken- und Zuckerschnitzel.

Adolf Schmidt, Miehlen,

Zweigniederlage des

Raiffeisen-Lagerhauses Langensdwalbach.

Abgabe erfolgt nur an die Mitglieder der Frankfurter und Wiesbadener Vereine.

Radspport!

Offeriere Herren-, Damen- und Invaliden-Fahrräder von 850 M an. Mäntel von 45 M an. Schlächte von 17 M an. Freilaufe komplett von 160 M an. Motorrad- und Auto-Freifahrungen. Großes Lager von sämtlichen Ersatzteilen und Zubehör. Ebenso stehen stets 20 bis 25 Fahrräder zur Auswahl in jeder Ausführung und Preislage. Vertretung erster Fahrrad-, Motorrad- und Motorwagen-Fabriken wie: „Doppel“, „Reckartium“ und anderer ersten Fabrikanten.

Maschinengeschäft und Reparaturanstalt J. Deckerl, Nastätten, Oberstraße 6.

„J. Webe“

Seifen u. Seifenpulver

Es sind die besten!

Alleiniger Fabrikant

Job. Wilh. Bauer,

Dampf- u. Fabrik, Frejendiez (Lahn)

Kein Ladenlokal!

Somit keine Schädigung

für

Wiederver-

käufer.